

# Volle Praxen und doch kaum Geld

Physiotherapeutinnen sind immer besser ausgebildet – ihre Löhne sind aber seit 30 Jahren fast dieselben.

Linda Leuenberger

Marco Kamber hat gerade seinen letzten Patienten verabschiedet und sitzt in seinem Behandlungszimmer auf einem Rollhocker. Von draussen wirft die Abendsonne oranges Licht durch die blickdichten Vorhänge. Marco Kamber ist selbständiger Physiotherapeut in Reigoldswil, einem der äusseren Zipfel des Baselbiets, am hinteren Ende des Frenkentals. Und er liebt seinen Beruf. Mit Menschen zu arbeiten, sie zu behandeln und ihnen zuzuhören, das sei seine Berufung, sagt er, seine Leidenschaft. Doch seine Physiotherapiepraxis steht immer mehr unter Druck.

Die Kosten für Mieten, Strom, Lebensunterhalt und Pensionskassen steigen stetig, schreibt Kamber Anfang dieses Jahres an den Berufsverband Physioswiss. Und das bei einem Lohn, der seit 30 Jahren fast derselbe ist. Kamber hält den fünfseitigen Brief in seinen Händen, ein Satz ist unterstrichen: «Ist der Beruf als selbständiger Physiotherapeut in einer Landpraxis künftig noch attraktiv?»

## Für den Fortschritt fehlt das Geld

Jeden Morgen steht Marco Kamber vor 7 Uhr in seiner Praxis im zweiten Stock eines älteren Hauses; ein Wartezimmer, zwei Behandlungszimmer, ein Trainingsraum. Bevor die ersten Patienten kommen, putzt er die Räume, wäscht die Wäsche und bereitet Behandlungen vor. Am Abend, wenn die letzten gegangen sind, erledigt er zu Hause Telefonate, E-Mails, rechnet ab. Eine Putz- oder Bürokräft liegt finanziell nicht drin. Und auch die Räumlichkeiten könne er sich nur leisten, weil er einen grosszügigen Vermieter habe.

Die Physiotherapeuten in der Schweiz können ihre Patientinnen und Patienten nur auf hausärztliche Verordnung behandeln. Sie rechnen über ein vom Bund abgesegnetes Tarifsystem ab. Wie viel eine Physiotherapeutin verdient, ist von Kanton zu Kanton trotzdem unterschiedlich. Es hängt davon



Eine Physiotherapeutin macht durchschnittlich 97 Franken Umsatz pro Stunde.

Bild: Getty Images

ab, welchen Tarif der Berufsverband Physioswiss mit den Krankenkassenverbänden ausgehandelt hat.

Marco Kamber beschäftigt zwei Physiotherapeutinnen, die in tiefen Pensen bei ihm angestellt sind. Eine weitere Anstellung würde seinen finanziellen Spielraum vergrössern, schreibt er im Brief an den Verband. «Aber da findet sich leider niemand.» Dreimal habe er die Stelle ausgeschrieben, mit flexiblen Pensen. Keine einzige Bewerbung. «Und am eigenen Einkommen zusätzliche Abstriche machen, liegt wirklich nicht mehr drin.» Im Durchschnitt verdient eine Physiotherapeutin in der Schweiz knapp 97 Franken pro Stunde. In Zürich sind es 106 Franken. Im Kanton Basel-Landschaft verdient Marco Kamber pro Stunde knappe 99 Franken. Davon geht deutlich

mehr als ein Drittel für Versicherungen drauf; Marco Kamber zahlt Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge. Vom Rest zahlt er die Miete, Geräte, Verbrauchsmaterial und Lohn. Er kommt gerade so durch. Doch der Lohn ist nicht seine grösste Sorge. Vielmehr fühle er sich im System «eingequetscht», sagt Kamber. Er könne seinen Betrieb zwar aufrechterhalten, ihn aber nicht weiterentwickeln – etwa um mit der Digitalisierung Schritt zu halten oder attraktiv zu bleiben für potenzielle Bewerberinnen. In seiner Praxis steht kein einziger Computer.

## Physiotherapie wird immer öfter verschrieben

In acht Jahren geht Kamber in Pension. Er befürchtet, bis dahin keine Nachfolge zu finden. Das wäre das Ende seiner Landpraxis und ein Verlust für die Men-

schen von Reigoldswil. Dabei gäbe es genug zu tun: Marco Kamber führt, wie viele andere Physiotherapeutinnen, eine Warteliste. Volle Praxen und doch kaum Geld – wie passt das zusammen? Die Zahlen zeigen: Immer mehr Hausärztinnen verschreiben ihren Patienten Physiotherapie. Mehr ältere Menschen und mehr Büroberufe, ergo mehr chronische Krankheiten und Gelenkprobleme – so erklärt es sich Osman Bešić, Geschäftsführer des Berufsverbands Physioswiss. Und: Die Physiotherapie hat sich in den vergangenen Jahren weiterentwickelt. Mittlerweile ist sie nicht mehr nur «Krankengymnastik», wie sie früher hiess, sondern wird an Hochschulen gelehrt mit Bachelor- und Masterabschluss.

Der Tarif für eine Physiotherapiesitzung stammt aber im-

mer noch aus dem Jahr 1996 und wurde 2014 um rund acht Prozent erhöht. Die Kosten für den Praxisbetrieb stiegen hingegen um rund 25 Prozent, kritisiert Physioswiss. Ausserdem sind auch die höheren Anforderungen in der Ausbildung nicht abgebildet. Jüngst verschärfen Inflation und Teuerung das Problem. «Faktisch bedeutet das eine schleichende, aber massive Lohnsenkung», sagt Physioswiss-Geschäftsführer Bešić.

Dabei erfülle die Physiotherapie eine wichtige Funktion im Gesundheitssystem. Sie könne Operationen und längere Spitalaufenthalte vermindern, ebenso die Herausgabe von Schmerzmedikamenten. Bešić: «Die kostendämpfenden Effekte der Physiotherapie sind enorm.»

Dazu kommt: Die Physiotherapie geniesst in der Bevölkerung einen sehr guten Ruf. Das zeigt eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GFS Bern. Neun von zehn Menschen, die schon einmal in der Physiotherapie waren, haben einen guten Eindruck davon und vertrauen ihren Physiotherapeutinnen.

## Wie viele Kosten werden andernorts verhindert?

Etwas anders schätzt der Krankenkassenverband Santésuisse die Situation ein: Innert zehn Jahren haben sich die Kosten für die Physiotherapie auf jährlich 1,3 Milliarden Franken verdoppelt. Die Physiotherapie habe zwar zu Recht ihren Platz im Gesundheitswesen. Es fehlen aber verlässliche Daten darüber, ob und wie viele Kosten die Physiotherapie andernorts im Gesundheitswesen verhindern kann. Und die Tarifverhandlungen sollen basierend auf transparenten Kosten- und Leistungsdaten stattfinden, schreibt Santésuisse. «So will es das Gesetz.»

Auf diese Karte will Physioswiss nun stärker setzen. In den vergangenen zwei Jahren hat der Verband schweizweit Daten erheben lassen, die seine Forderung nach höheren Tarifen stützen sollen. Er will gewappnet in die Verhandlungen treten – und dadurch den Beruf für die Zukunft stärken.

## Bundesrat plant 3000 Container für Asylsuchende

**Unterkunft** Die Zahlen von neuen Asylgesuchen lassen nicht nach. Das Staatssekretariat für Migration rechnet darum abermals mit mindestens 24 000 Asylgesuchen für 2023, maximal könnten es auch 30 000 sein. Auch die rund 66 000 Ukrainerinnen und Ukrainer mit Schutzstatus S leben mutmasslich bis zum Jahresende in der Schweiz. Doch in manchen Kantonen stossen die Unterkünfte an die Belastungsgrenze.

Um mehr Schutz suchende Menschen unterzubringen, will der Bund nun die Möglichkeit schaffen, kurzfristig zusätzliche Kollektivstrukturen bauen zu können. Der Bundesrat hat darum das Justizdepartement von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten. Vor allem der «erwartete Spitzenbedarf» für Asylunterkünfte im Herbst 2023 soll abgedeckt werden können. Container sollen als temporäre Unterkünfte herhalten. Gemäss Informationen des «Tages-Anzeigers» ist noch unklar, wie viele Containeranlagen effektiv erstellt werden. Klar ist: Der Bundesrat beantragt dem Parlament einen Kredit in der Höhe von 132,9 Millionen Franken, wie er gestern mitteilte. Das entspricht rund 3000 Containern; das hat der «Tages-Anzeiger» berechnet.

Der Bund will die Kosten nicht alleine tragen. Er erwartet von den Kantonen, sich daran zu beteiligen, schreibt er in der Mitteilung weiter. «Die entsprechenden Gespräche werden in den kommenden Wochen geführt.» Das Parlament wird wohl in der Sommersession über den Kredit entscheiden. (wan)

## Bundesrat Albert Rösti bremst SRG-Konzession

**Service public** Dicke Post für die SRG: Zwar will der Bundesrat die heutige SRG-Konzession, die Ende 2024 ausläuft, grundsätzlich verlängern. Über die Dauer der Verlängerung will er aber erst zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden. Und vor allem hat er die Arbeiten an der neuen SRG-Konzession unterbrochen. Das hat die Landesregierung an ihrer gestrigen Sitzung entschieden.

Vielmehr will der Bundesrat innert Jahresfrist «eine Gesamtschau über deren künftige Entwicklung» vornehmen. Dabei will Medienminister Albert Rösti (SVP) auch die Volksinitiative «200 Franken sind genug» miteinbeziehen, sollte sie dereinst eingereicht werden. Die Sammelfrist für die Initiative läuft noch bis Anfang Dezember.

Pikant daran: Albert Rösti ist Mitglied des Initiativ-Komitees, das die SRG angreift. Zurückziehen kann er sich nicht mehr – auch nicht nach seiner Wahl in den Bundesrat. Allerdings will er sich laut Bundeskanzlei nicht mehr dafür einsetzen, dass die erforderlichen Unterschriften zusammenkommen. (abi)

## Lotto

### Schweizer Zahlenlotto

1, 5, 7, 15, 32, 37 Glückszahl: 1  
Replay-Zahl: 2 Jokerzahl: 249 830  
26.04.2023

### Deutsches Zahlenlotto

1, 3, 18, 25, 41, 49 Super 6: 328 931  
Superzahl: 7 Spiel 77: 315 659  
26.04.2023

### Österreichisches Zahlenlotto

4, 14, 15, 27, 33, 35 Zusatzzahl: 18  
Joker: 872 826  
26.04.2023

### Euromillions

10, 29, 30, 40, 45 Sterne: 1, 12  
2. Chance: 8, 11, 12, 41, 50  
Super-Star: Z 6 10 J 25.04.2023  
Alle Angaben ohne Gewähr

# Ex-Sicherheitsdirektor rauchte Crack

Die Staatsanwaltschaft hat den ehemaligen Zuger Regierungsrat Beat Villiger verurteilt.

An einem Sommerabend im August vergangenen Jahres soll der ehemalige Zuger Regierungsrat Beat Villiger (Mitte) in einem Hotel in Luzern Crack geraucht haben. Dies machte die News-Plattform «Zentralplus» gestern publik. Bei Crack handelt es sich um eine verarbeitete Form von Kokain, die mit einer Pfeife inhaliert wird.

Sechs bis sieben Züge nahm der Politiker laut Strafbefehl. Am Nachmittag des nächsten Tages sei er unter Drogeneinfluss und in fahruntüchtigem Zustand vom Luzerner Stadtzentrum aus in eine Gassenküche



Beat Villiger. Bild: Stefan Kaiser

gefahren, wo er kurz anhielt. Anschliessend fuhr er eine Runde in Luzern, bis ihn die Polizei an

einer Tankstelle anhielt und kontrollierte, wie es im Strafbefehl weiter heisst.

Nun wurde Villiger wegen dieser Verfehlungen verurteilt. Konkret wegen Führens eines Motorfahrzeugs unter Drogeneinfluss und des unbefugten Konsums von Betäubungsmitteln. Ausserdem verletzte er eine Meldepflicht im Jahr 2020, als er versäumte, seinen Wohnsitz innert 14 Tagen beim Strassenverkehrsamt zu melden.

Die Luzerner Staatsanwaltschaft hat ihn nun zu einer bedingten Geldstrafe von 40 Tagessätzen zu je 80 Franken ver-

urteilt. Zudem muss Beat Villiger eine Busse von 900 Franken sowie die Verfahrenskosten zahlen.

Das Crack konsumierte der heute 66-Jährige noch während seiner Amtszeit als Sicherheitsdirektor im Kanton Zug. Nur einige Tage später kündigte er «aus gesundheitlichen Gründen» eine Auszeit an.

Sein Rücktritt folgte im Oktober. Im Dezember wurde bekannt, dass die Luzerner Staatsanwaltschaft gegen ihn ermittelt. Villiger war auf Anfrage dieser Zeitung nicht für eine Stellungnahme erreichbar. (oe)